

V 1925.12161

Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 2. Januar 1925

Nummer 1

INHALTSVERZEICHNIS

Rückblick auf das Jahr 1924
Statistik Paul Schulz
Das Wirtschaftsjahr 1924
Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Landstraßenwärter
Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewertschaften • Inter-
nationale Rundschau • Rundschau • Eingegangene Schriften und
Bücher.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 35, Schiffsche Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Warmer Pudding

hergestellt nach dem folgenden

Oetker-Rezept

ist eine ausgezeichnete nahrhafte und wohlschmeckende Speise und kostet

nur **1 Mk. 73 Pfg.**



250 g Nierenfett, gehackt, Pfd. ca. 0,60	Mk. 0,30
125 g Zucker, Pfd. ca. 0,45	" 0,12
3 Eier, St. ca. 0,19	" 0,57
1 1/2 Pfd. Weizenmehl, Pfd. ca. 0,24	" 0,30
1 1/2 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“	" 0,12
Etwas Salz	" 0,17
1/2 Liter Milch, Liter ca. 0,33	" 0,10
1 Handvoll Mandeln, fein gewiegt	ca. " 0,05
Die Schale einer halben Zitrone	ca. " 0,05
*) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen. Mk. 1,73	

Zubereitung: Nierenfett, Zucker, Eigelb und Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, verrührt man, gibt die Milch, die Mandeln, Zitronenschale, etwas Salz und den Schnee des Eiweiß hinzu. Dann füllt man die Masse in eine mit Butter bestrichene und mit Reibbrot bestreute Puddingform und läßt rund 2 Stunden im Wasserbad kochen. Statt in einer Puddingform kann man auch den Pudding in einer gewöhnlichen Kuchenform im Bratofen backen. Man trägt heiß auf und reicht eine Weinschaum-Sauce dazu.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabr., Bielefeld

Wie köstlich

Machen dem Kenner die guten aus

Reichel-Essenzen

für nur wenig Geld reichlich bereitetes
Leder, Brantwein, Sausagestrahe.
Jeder Versuch — ein Erfolg!
Erdäpfel in Geogrien und Korbweizen
aber nur veredelt mit der Edelweissmarke
„Süßberg“. Dr. Reichel's Rezept-
büchlein daselbst umsonst oder kostenlos
durch Essenzfabrik Otto Reichel, Berlin 125 50, Hombachstr. 4



URANIA

**12 Monatshefte
und 4 wertvolle Bücher**
vierteljährlich nur 1,25,
mit geb. uch 1,80 Mk.
Probehefte und Prospekte

Zu beziehen durch:
Abteilung „Bücher und Schriften“
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Berlin 50. 26, Schleifische Straße 42

Gewerkschafts-Archiv

Herausgegeben von
Karl Dwing

Monatshefte für Theorie
und Praxis der gesamten

Gewerkschaftsbewegung

zum Preise von 1.— Goldmark pro Heft

steht laufend und portofrei

Abtl. Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin 50 33, Schleifische Straße 42

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

KOCH & SEELAND G. m. b. H.

Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893



Adolf Ernst Voigt Kgl. ipan.
Hoflieferant
Pianofortefabrik • Berlin

Zahlungserleichterung. Königsberger Str. 9.

Bevor Sie heiraten

lassen Sie in Ihrem eig. Interesse d. Ratschläge
erfahren. „Arztbesuch, der Liebe- u. Gemüths-
des Mann in gesund und krank sein“ von Dr. med.
A. Kuhn, Eisenach, lesen. Aus diesem von
streng sittl. Standpunkte aus geschr. Werke d.
bekannt. Autors schöpfen Sie Kenntn. u. Tats.,
die für jed. Gebild. von unschätzb. Wert sind.
Preis dies. ca. 200 Seit. stark., m. viel Abbild.
versch. Werkes GM. 2.—, m. zerlegb. Modell d.
weibl. Körpers GM. 1.— mehr. Nur zu bezieh. v.
W. A. Schwarze's Verlag, Dresden N 6/87

Verbandsmitglieder bezien ihre Literatur
durch die Abteilung
Bücher u. Schriften

Stoffe
ab
Fabrik
sendet an Private für
Herren u. Damenbekleidung
Wilhelm Schwetzsch
Spremberg 1 6—
Muster franco gegen Franco

„Die Arbeit“

Zeitschrift
für Gewerkschaftspolitik und
Wirtschaftslehre

Herausgegeben vom ADGB

Erscheint am 15. jeden Monats
im Umfang von 64 Seiten / Preis
eines Heftes 1.— Mark, für Ge-
werkschaftsmitglieder 0,80 Mark

Bisher erschienene Hefte
werden auf Wunsch nachgeliefert
durch die

Abtlg. Bücher und Schriften
Berlin 50 33, Schleifische Straße 42

Wurst-Deilkassens
Fahrik-Versand — Fabrik-Preis — Postkodl
9 Pfd. Holst. feine Mettwurst 14,50. Hist. grobe
Mettwurst 14.—. Holst. Salami m. Knob. 14.—
Hist. Schinkenwurst 16,25 G. M. Sortimentsspa.
m. eig. Wahl. Vers. p. Nachn. ab hier. Empfehl.
mein. dies. Weihnachtspaket. 1 Dose Kr.
wurstchen (2 Paar), 1 gr. Mettwurst, 1 f. Celve-
latwurst, 1 Paar Rohwurst, 1 Delikatess-Leben-
wurst, 2 Pfd. f. T. iter Käse, ca. 8/8 Pfd. Inhalt
G. M. 12,75. Dies. Paket ist Reklame-Packung
und liefert ich. f. f. f. Haus.
Holst. Nahrungsmittel. Carl Gerad, Hofort.
Fabr.-Versand feinst. Fleisch- u. Wurstwaren

MÖBEL auf Teilzahlung

**Schlaf-, Herren-
u. Speisezimmer**

Küchen, Klubgarnitur, 1 Einzelstuhl

in gediegener Qualität, noch billig

Möbelhaus BEISER

Lothringer Straße 67

XXIX. Jahrgang

Berlin, den 2. Januar 1925

Nummer 1

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33

Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)

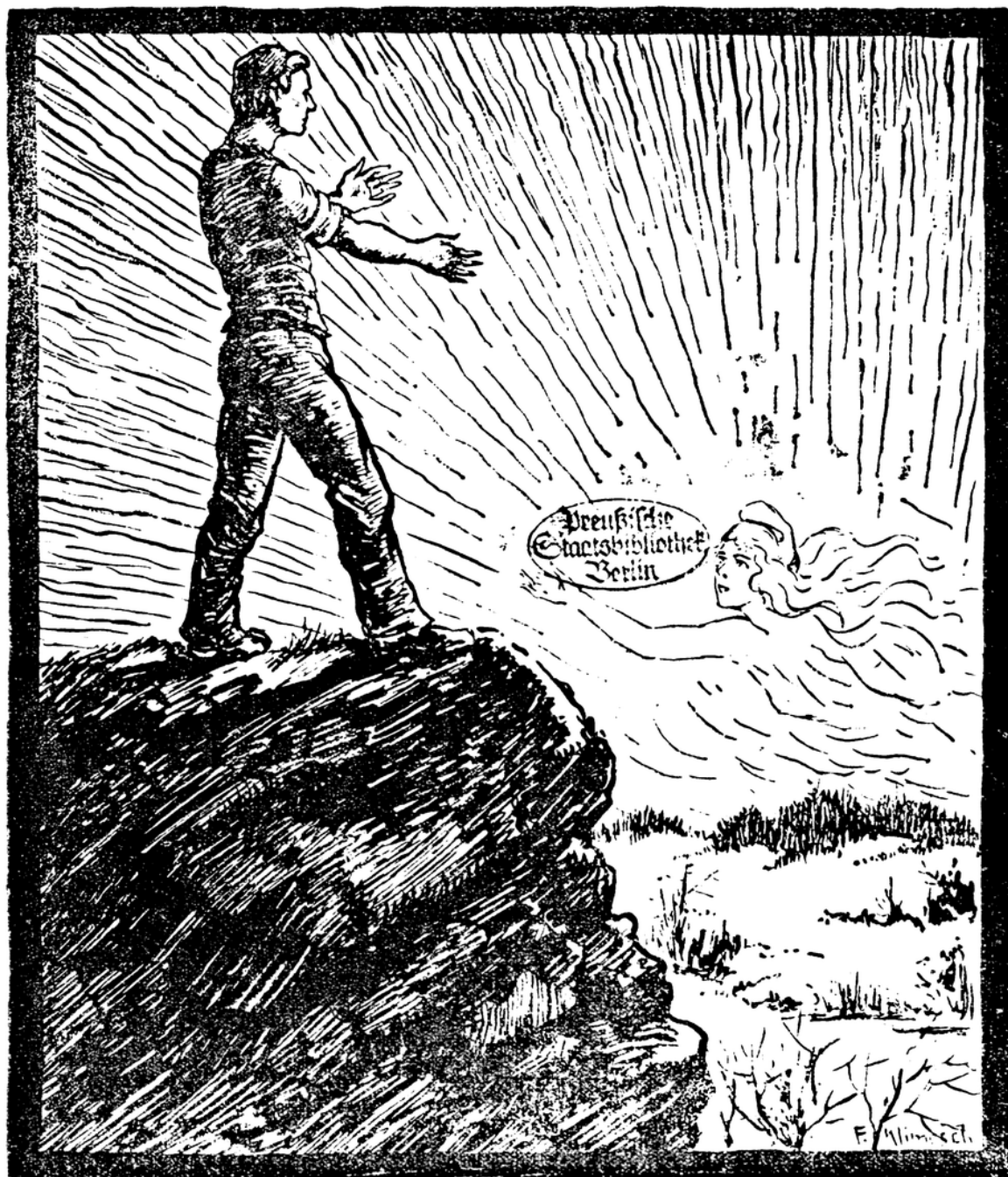
Verensprecher: Amt Marktplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.

Bezugspreis:

monatlich durch die Post 50 Pf.



stholl
 erobe
 14
 tsbah
 pfehle
 KPA
 Colve
 Erber
 inbat
 ickung
 forret
 twaten
 Teil-
 lung
 r
 ihel
 us
 R

Rückblick auf das Jahr 1924.

I. Allgemeines und Politisches.



elbst in den ärgsten Zeiten unseres Verbandes, in der Inflationszeit, haben wir versucht, unseren Lesern einen Ueberblick zu geben über die gesamte allgemeine und politische Situation des deutschen Volkes. Vielen mag diese Zeit nicht mehr voll in Erinnerung sein, obwohl wir ja erst seit Jahresfrist wieder etwas aufatmen können. Es muß deswegen noch einmal hier festgestellt werden, daß das Jahr 1923 vom wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus das schlimmste gewesen ist, was der deutschen Arbeiterschaft nach dem Kriege befehrt wurde. Die verheerende Wirkung der Inflation hat aber auch noch, mindestens im ersten Halbjahre 1924, entscheidend nachgewirkt. Die Kraft der Gewerkschaften war im letzten Quartal 1923 so schwach, daß sie hart an der Grenze einer Auflösung standen. Von keiner Seite, auch nicht von linksradikaler, wurde ein Mittel gefunden, um der ungeheuren Geldentwertung durch irgendwelche Methoden zu begegnen. Streiks wurden fast gar nicht oder nur von ganz kurzer Dauer geführt, da die Widerstandskraft der Arbeiterschaft völlig lahmgelegt war.

Wer sich diese bösen Zeiten in Erinnerung bringt, wird zugeben müssen, ohne Gewerkschaftsorganisation würde die Lage der deutschen Arbeiterschaft sehr bald derjenigen des chinesischen Kulis ähnlich sein, ja vielleicht noch ungünstiger, wie wir das in der Tat einige Wochen lang im Oktober 1923 zu verzeichnen hatten. Keine Angriffe oder „Schuldfragen“ gegen Führer oder Massen können uns über diese Tatsache hinweghelfen. Wir glauben vielmehr, daß die Schuldfrage in diesem Zusammenhang so unangebracht wie möglich ist. Es drehte sich damals um ein vielleicht nicht überall bewußt gewolltes System der Geldverschlechterung von seiten derjenigen Kreise, die in der rein bürgerlichen Regierung Cuno das Heft in Händen hatten.

Aber die Leidenszeit der Arbeiterschaft war mit dem Aufhören der Inflation nicht etwa zu Ende, sondern in dem Augenblick, als Goldlöhne eingeführt wurden, stellten sich die Unternehmer aus „volkswirtschaftlichen“ Gründen auf den Standpunkt, der Lohn müsse reduziert werden. Dazu kam eine entsetzliche Arbeitslosigkeit. Große Fabriken und Institute schlossen zunächst ihre Betriebe. Es hat Zeiten gegeben, da unsere Arbeitslosenreservearmee in Deutschland nach Millionen zählte.

Das alles hat sich auch politisch ausgewirkt. Die Reaktion fühlte sich oben auf und versuchte nun mittels der Gesetzgebung, zunächst den Achtstundentag zu Fall zu bringen. Dieselben Kreise um den bisherigen Innenminister Dr. Jarres (Oberbürgermeister von Duisburg), die bei dem Ruhrkampf die „Versackungstheorie“ gepredigt hatten, das heißt, die bereit waren, Rheinland und Westfalen für längere Zeit den Franzosen glatt auszuliefern, um dadurch eine nationalistische Stimmung in Deutschland wachzurufen, führten dazu, daß die Arbeiterschaft sich politisch ganz entschieden dagegen wehren mußte und zeitweilig wiederum ihre Vertreter in die Regie-

rung schickte, um so dem ärgsten Uebel vorzubeugen und das kleinere Uebel auf sich zu nehmen. Ueberhaupt ist charakteristisch für das ganze Jahr 1924, daß die deutsche Arbeiterschaft nur die Wahl zwischen zwei Uebeln hatte. Das trifft insbesondere auch für das monatelang erörterte Dawes-Gutachten und die daraus resultierenden Befehle zu. Wir haben selber in mehreren Artikeln in der „Gewerkschaft“ zu dieser Frage eingehend Stellung genommen. Es darf auch jetzt noch daran erinnert werden, daß die Dawes-Befehle uns für den Moment zwar etwas Luft geschaffen haben, daß sie aber eine schwere Belastung der deutschen Volkswirtschaft darstellten.

Ob es gelingt die Lastenverteilung den Besitzenden im stärkeren Maße aufzubürden, ist eine politische und gewerkschaftliche Frage. Jedenfalls wird das eine der vornehmsten Aufgaben des neuen Reichstages wie auch der Gewerkschaftstaktik sein.

Wenn es auch der deutschen Arbeiterschaft weder politisch noch wirtschaftlich gelang, das Attentat auf den Achtstundentag ganz zurückzuschlagen, so ist doch im Laufe der letzten Monate für eine Anzahl Berufe und Betriebe wieder etwas Boden gewonnen worden, und es darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß unsere Organisation mit ihrem zähen Kampf immerhin für drei Viertel aller Gemeindearbeiter den Achtstundentag festhalten konnte.

Ein schwarzer Tag im verfloffenen Jahr war der 4. Mai. Die Reichstagswahlen brachten eine so gewaltige Verschiebung zugunsten der Rechtsparteien, daß nun geradezu alles gefährdet schien. Die Republik war ins Wanken geraten, die Erzuigenschaften der

Weimarer Verfassung, ein Teil des Arbeitsrechts und viele andere für die Arbeiterschaft politisch und gewerkschaftlich ungemein wertvolle Dinge. Die Tatsache, daß die linksradikale Arbeiterschaft mit 62 Abgeordneten im Reichstage einrückte, konnte an dieser Situation nicht das geringste ändern. Es zeigte sich vielmehr, daß bei rein politischen Abstimmungen, wenn auch aus entgegengesetzten Motiven, vielfach eine Gemeinsamkeit von ganz rechts und ganz links im Parlament bestand, die zu den unerfreulichsten Erscheinungen unseres Zeitalters gehört. Wir wollen uns nicht darauf im einzelnen einlassen, möchten aber doch an die Einsicht auch der kommunistisch eingestellten Kollegenschaft appellieren und feststellen, daß wir als Gewerkschafter in erster Linie die wirtschaftlichen Dinge und ihre Auswirkung zu betrachten haben und daß die rein parteipolitischen Gesichtspunkte demgegenüber in den Hintergrund treten sollten. Das ist leider nicht genügend beherzigt worden und daraus kam zu Beginn des verfloffenen Jahres noch die Parole von seiten vieler Kommunisten: „Fort mit den Gewerkschaften, Schaffung neuer „Unionen“ und neuer „Industrie-Organisationen“ mit Hilfe der Unorganisierten und der Oppositionsmitglieder in den Gewerkschaften!“ Erfreulicherweise ist in den letzten Monaten 1924 der Standpunkt auch von kommunistischer Seite eingenommen worden, daß gewerkschaftlich gemeinsam gearbeitet werden muß, wobei allerdings der Versuch leider nicht aufgegeben worden ist, durch „Zellentaktik“ und

Für Freiheit und Brot

Schon dämmert in der Ferne das Morgenrot,
Verkündet uns Freiheit und Licht.
Mag Nebel sich türmen, von Wolken bedroht,
Die Freiheit doch Bahn stets sich bricht.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Wir fordern für alle die Gleichheit im Recht,
Ob sie auch von Lüge bedroht;
Wir wollen nicht dienen als sklavischer Knecht;
Wir schwören der Lüge den Tod.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Voran denn, ihr Brüder, zum heiligen Streit,
Ihr Männer der Arbeit, gebt acht!
Uns führe die Liebe, die Brüderlichkeit,
Zu brechen tyrannische Nacht!
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Wir sprengen die Ketten der Lohnsklaverei,
Die Habucht und Wucher uns schuf.
Zum Kampfe, ihr Brüder, die Arbeit macht frei!
Zum Kampfsplatz! ertöne der Ruf.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Fraktionsbildungen neue parteipolitische Streitigkeiten in die Gewerkschaften hineinzutragen. Dagegen anzukämpfen, wird Aufgabe aller Gewerkschaftsfunktionäre und aller besinnlich kommunistisch orientierten Kollegen sein, wollen sie nicht der Bewegung schweren Schaden zufügen.

Der Ständereichstag vom 4. Mai 1924 konnte begreiflicherweise weder leben noch sterben. Auch die Regierungsbildung wollte für längere Dauer nicht recht gelingen, insbesondere durch die zweideutige Haltung der Deutschen Volkspartei, die durchaus einen Rechtsblock der „deutschen Volksgemeinschaft“ aufrichten wollte unter Ausschaltung der Sozialdemokratie. Dieser Plan scheiterte an dem mannhaften Verhalten der Demokraten (nicht des Zentrums!). Es kam nach langem Hin und Her zur Auflösung des Reichstages und zu den Neuwahlen vom 7. Dezember 1924, die gleichzeitig für den Preussischen Landtag galten. Wir haben diese Vorgänge ja erst wenige Wochen hinter uns. Es erscheint vielleicht verirrt, jetzt schon eine Prognose über den neuen Reichstag zu geben. Wenn auch die Sozialdemokratie um 30 Prozent von 6 auf 8 Millionen Stimmen gestiegen ist und die Bolschewiken einen Zusammenbruch auf kaum ein Drittel ihrer Macht erlebten, so kann man doch nicht sagen, daß das deutsche Volk bereits eine klare, gesunde, politische Basis gewonnen hätte. Die Kommunisten haben über 1 Million Stimmen verloren, und es entsteht in ihren Kreisen vielleicht über kurz oder lang doch eine stärkere Strömung, welche die Notwendigkeit der Einheit des Proletariats anerkennt, unbeschadet der tatsächlichen Verschiedenartigkeit in der Auffassung. Gegenwärtig sieht es freilich nicht danach aus, sondern die Rechtsparteien spekulieren wie in der Zeit des Ständereichstages auf die 45 Stimmen der Kommunisten bei ihrer Regierungsstürzerei. Sie möchten daher auf keinen Fall eine „Weimarer“ Regierung, das heißt eine Regierung von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben. Wir haben die Möglichkeiten der verschiedenartigen Blockbildungen bereits kurz erörtert. Bei der unvernünftigen Haltung der Deutschen Volkspartei und ihres Führers Stresemann sowohl während der Wahlen, als auch jetzt noch ist es schwer zu glauben, daß eine große Koalition geschaffen werden könnte, ganz abgesehen davon, daß sie für die Arbeiterschaft ja auch ein nicht ganz kleines Übel wäre, was nur gemessen am Rechtsblock als möglich angesehen werden könnte. Allerdings muß festgestellt und zugegeben werden, daß die große Koalition in Preußen für die Arbeiterschaft immerhin eine gewisse Sicherung der Republik bedeutete und auch sonst die Reaktion nicht so stark aufkommen ließ. Es sei erneut daran erinnert, daß für die preussischen Staatsarbeiter wie auch für die Beamten der Achttundentag beibehalten ist, dank dieser Regierungszusammensetzung. Daß eine bürgerliche Regierung irgendwelcher Art den Achttundentag längst abgebaut hätte, versteht sich am Rande.

Kurz vor Jahresluß, am 19. Dezember 1924, wurde durch die Tagespresse mitgeteilt, daß endlich das ungeredete Urteil gegen F e c h e n b a c h, M ü h s a m und andere Märtirer der bayerischen Justizpflege insofern gemildert und aufgehoben worden ist, als sie zunächst aus dem Gefängnis entlassen wurden. Leider hat die Sache auch wieder einen unangenehmen Beigeschmack, indem gleichzeitig auch dem Hitler die Freiheit gegeben wurde.

Die beiden politischen Gesichtspunkte, die im neuen Reichstag für die Arbeiterschaft wiederum die entscheidende Rolle spielen werden, sind D a m e s - G u t a c h t e n und Lastenverteilung einerseits und S c h u z z o l l oder Freihandel andererseits. Obgleich der neue Reichstag etwas günstiger zusammengesetzt ist, so reichen doch die Stimmen der fortschrittlich gesinnten Abgeordneten nicht aus, um eine einwandfreie Mehrheit im Sinne der Arbeiterschaft zu erreichen. Es erscheint zwar kaum glaubbar, daß die Kommunisten wiederum ihre politische Tätigkeit in reiner Demonstrationspolitik erschöpfen. Sollte das der Fall sein, so wird die Arbeiterschaft die Nachschläge davon bekommen. Denn es ist

richtig: die Kommunisten könnten das Jünglein an der Wage sein bei den entscheidenden Punkten der Gesetzgebung.

Faßt man das politische Bild in Deutschland zusammen, so läßt sich sagen, die Außenpolitik ist durch die Dawes-Gesetze zurzeit gesichert. Leider wird die englische Besatzung am 10. Januar Köln nicht räumen. Angeblich soll die im Versailleser „Vertrage“ vorgeschriebene Entwaffnung ungenügend durchgeführt worden sein und die Kontrollkommission habe heimliche Waffenlager entdeckt. Dem ist bereits der Reichswehrminister Gessler im „Berl. Tagebl.“ entgegengetreten. Immerhin besteht noch die Möglichkeit, daß die Ruhr und Köln gemeinsam im April oder Mai geräumt werden. Darüber müßte natürlich verhandelt werden.

Wir haben in diesem Jahre infolge des Dawes-Gutachtens etwas Luft schnappen können. Freilich, man kann das Wortspiel auch nach der anderen Seite hin verstehen, daß wir in unserer volkswirtschaftlichen Not trotz alledem sehr schwer zu leiden hatten. Die jüngere Generation und die Kinder in Deutschland sind auch heute noch größtenteils unterernährt. Alle Statistiken, schulärztliche Untersuchungen und vieles andere authentische Material beweisen uns, daß kaum ein Land der Erde an den Nachwehen des Krieges so zu leiden hat als Deutschland, und wenn der immer gewaltiger anschwellende Luxus in den großen Städten dem Ausländer leicht ein falsches Bild vorgaukelt, so bleibt doch auch für uns die Forderung: hier sollte die Gesetzgebung energischer zugreifen. Wir können leider auch beim jetzigen Reichstag kaum das Zutrauen haben, daß er die Steuererhebung so umstellt, daß die Lastenverteilung eine andere wird, zugunsten der breiten Volksmasse und zur Einschränkung und stärksten Besteuerung des Luxus der Besitzenden. Aber wir müssen uns jedenfalls regen, um das zu erreichen, und soweit das nicht in der politischen Arena möglich sein sollte, muß es gewerkschaftlich geschehen. Darüber in einem besonderen Kapitel.

Statistik.

Wieder ein Fragebogen! Wie schwer und mühselig wird er ausgefüllt, wenn der befragte Vertrauensmann oder die Ortsverwaltung oder Filiale widerwillig in Unkenntnis der gewaltigen Aufgaben, die der Statistik zugewiesen sind und mangels genügender Unterlagen an die Beantwortung des ominösen Bogens herangeht. Ganz anders, wo die Filialeitung, der Vertrauensmann sich ständig die erforderliche Uebersicht über alle statistisch zu erfassenden Verbandsaufgaben sichert. Da bedarf es keiner mühseligen Rück- und Nachfragen. Ein Griff in die Kartothek, das Wissensnotwendige ist erfasst, übertragen und der Zentrale weitergeleitet. Es gibt erfreulicherweise heute schon Hunderte solcher Körperschaften, die wissen, soll aus dem Meer statistischer Zusammenfassung für den Einzelfall oder für die Allgemeinheit geschöpft werden, so müssen die Rinnsale, Bäche, Flüßchen und Flüsse, die zum Meere fließen, ständig mit dem neuesten Material gespeist werden. Das Wasser muß aber klar und rein sein. Schaumgeschlagene Seifenblasen sind zwecklos. Freilich sind solche Seifenblasen auf dem Wege der Schätzung leichter aufzubringen als einwandfreies Material.

Das letztere aber ist die Hauptsache. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedurfte der Statistik als unentbehrliches Hilfsmittel. Der Kampf der Arbeiter in dieser Gesellschaftsordnung um eine menschenwürdige Existenz auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem sowie sozialpolitischem Gebiet konnte erfolgreich nur unter Zuhilfenahme desselben Hilfsmittels geführt werden. Je einwandfreier und ausreichender das Material zusammengetragen wurde, um so erfolgreicher konnte der Kampf gestaltet werden.

Wenn die Arbeiterklasse aber über den bisherigen Rahmen aller gewerkschaftlicher und politischer Aufgaben hinaus die kapitalistische durch die sozialistische Gesellschaftsordnung ersetzen will, wird sie Meisterin werden müssen in der Handhabung und Auswertung der Statistik. Wie wollen, wie können Betriebsräte usw. mitwirken, mitbestimmen im Betriebe der Volkswirtschaft, wenn sie auf die heutige „amtliche“ Statistik allein angewiesen sind. Daß letztere, ohne geradezu unwahr zu sein, doch nur das bringen kann, was den herrschenden kapitalistischen Gewalten gut dünkt, liegt allzu klar auf der Hand. Ein typisches Beispiel bietet ja die Gestaltung der

Reichsbezugszahlen. Wie wollen wir die Produktion planmäßig bewirtschaften, wenn nicht einwandfreies statistisches Material über Rohstoffverfügung, Arbeits- und Absatzmöglichkeiten usw. vorhanden ist oder beschafft werden kann. An den kleinen Ausgaben des Tages müssen wir uns üben, um den großen Kommentaren gerecht werden zu können. Diese kleineren Aufgaben sind für die Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Arbeiten zurzeit die wesentlichsten. Wir erwähnen da die monatliche Zählung der Gesamtbeschäftigten der in unserem Verband Organisierten und der Arbeitslosen, die jährliche Feststellung der Beschäftigten nach Verwaltungs-, Betriebsgruppen, Beschäftigungsarten geordnet, sowie des Organisationsstandes in der eigenen Organisation, anderen freien, gegnerischen Gewerkschaften und Unorganisierten eingruppiert. Dann die statistische Zusammenstellung über Lohnbewegungen mit und ohne Streiks und deren mehr oder minder erfolgreicher Ausgang. Nicht zuletzt ist statistisch genau zu verfolgen, wie sich zahlenmäßig und dem Inhalt nach das Tarifrecht in unserem Verband entwickelt. Dazu kommt die vierteljährliche Kassenabrechnung, die in ihrer Hauptarbeit auch eine statistische ist. Es wird zahlenmäßig in der einzelnen Filiale, dann gewarweise und für den Gesamtverband festgestellt, wieviel verschiedene Sorten Beitragsmarken ausgegeben, verkauft und Bestand geblieben sind. Die Art und die Summe der einzelnen Unterstützungen wird statistisch in der Abrechnung zusammengetragen. Unsere Beitrags- und Filialkassierer erfüllen automatisch für gewöhnlich ohne besondere Aufforderung regelmäßig alle Vierteljahre ihre ihnen obliegenden statistischen Arbeiten, die durch die Kassengehäfte bedingt sind. In den Jahresberichten ist dann die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiten und ihre Erledigung in gewisser Beziehung zahlenmäßig abzulesen und zu vergleichen. Auch der organisatorische Ausbau, die Arbeit und die Erfolge der Betriebsräte lassen sich am besten an Zahlen (statistisch zusammengetragen und ausgenutzt) darstellen.

Die Statistik und ihre Auswertung sollen Hilfsmittel sein für die Agitation und Aufklärung. Sie ist die Probe auf das Exempel, ob wir auf den einschlägigen Wegen zu unseren Zielen kommen, und nicht zuletzt soll sie die Möglichkeit geben, vorausschauend unserer gewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeit Wege zu weisen. Das Hilfsmittel darf nur Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck werden. Um das zu verhüten, muß alle bürokratische Arbeit zur Erledigung der erforderlichen mechanischen und intellektuellen Arbeiten auf das Mindestmaß herabgesetzt werden. Mit dem möglichst kleinsten Arbeitsaufwand den möglichst größten Nuhesekt zu leisten, ist auch hier erstes Erfordernis. Leider hat auf dem Gebiete der Krieg und seine Nachwirkungen sich als hemmend erwiesen. Noch wird wohl in fast allen Verbänden, abgesehen von bestimmten Einzelsphären (Monatsstatistik über Zahl der Beschäftigten, Arbeitslosen und die vierteljährlichen kassenstatistischen Arbeiten), die gesamten juristischen Arbeiten nach jahrzehntelanger Übung nur nach vorher erfolgtem Versand der Fragebogen erledigt. Die Arbeit wird sozusagen immer wieder von Grund auf neu angefangen. Der Aufbau bis ins Feinste hinein und die Uebersicht über den Ausbau fehlt wohl in fast allen Filialen. Der beim Versand der Fragebogen festgesetzte Termin wird kaum vor 50 Proz. der Filialverwaltungen eingehalten. Nach erfolgter Mahnung folgen vielleicht 20-30 Proz. der Fragebogen, erneute Mahnungen bringen noch einmal in kleineren Quantitäten die schnellst erwarteten Fragebogen, 10-20 Proz. bleiben für gewöhnlich unbeantwortet. Arbeit, Zeit, Geld, Nerver und Nerven werden unnötigerweise auf beiden Seiten verbraucht. Wo werden dann aber die Fragebogen zum Teil beantwortet? Man staunt in der Zentrale, wie es bloß möglich ist, die stargestellte Frage so falsch oder so unvollkommen zu beantworten. Kaum eine Rückfrage, wie denn diese gestellte Frage zu verstehen ist. Seltener ein Vorschlag, wie etwa eine Frage anders und besser formuliert werden müßte, um ganz klar von jedem beantwortet werden zu können. Auf der anderen Seite oder tagtäglich Anfragen, wie sich auf diesem oder jenem Gebiete die Verhältnisse gestaltet haben.

Freilich, die amtliche Bureautratie in allen öffentlichen Verwaltungen hat es leichter. Dem Zwange von oben wird Folge geleistet. Da werden Fragebogen zugesandt, dann in allen kleineren Gruppen umgefragt, das Resultat zusammengestellt und weiter versandt. Dort ist der Terminkalender oberstes Gesetz. Dazu wird alles Wissenswerte in der Kartei oder sonstwie registriert. Am Monats- oder Quartalsabschluss wird das erforderliche Formular ausgefüllt und der statistischen Sammelstelle zugestellt. So funktioniert die amtliche Statistik reibungslos auf allen Gebieten, wo sie sich auf berufliche Arbeit stützen kann. Handel und Wandel in jeder Art und Form werden so registriert und statistisch ausgewertet. Dieser reibungslos funktionierende Apparat muß auch für die gewerkschaftliche Statistik nutzbar gemacht werden. Fortlaufend

müssen nach genauem Plan in jedem Betrieb, in jeder Sektion, Filiale, in der vorgezeichneten Kartei in bestimmten Abständen die Unterlagen festgehalten werden. Dazu gehört im besonderen die Zahl der Gesamtbeschäftigten, gegliedert nach Geschlecht, Berufs- und Lohngruppe, der Arbeitslosen, dann der Organisationsstand in allen Gruppierungen, freie, gegnerische, Unorganisierte, das Tarifrecht, welche Tarifverträge für die Filiale Gültigkeit haben, deren Laufdauer, der wesentliche Inhalt betreffend Arbeitszeit usw. sowie die Zahl der erkrankten Personen. Wenn diese Kartei ständig ordnungsmäßig geführt werden, die Berichterstattung vom Betrieb an die Sektion oder an die Filiale zur rechten Zeit erfolgt, dann ist es für die Filiale eine Kleinigkeit, erstens einmal in ihre Kartei die erfolgten Angaben einzutragen, aber auch das für die Filiale zusammengetragene Material an die Zentrale oder den Verbandsvorstand weiterzuleiten. Dazu braucht nicht mit mehr oder minder hohen Werten gemahrt werden. Pflichtvergessene sollten dann zum abschreckenden Beispiel bekenntgeben werden.

Wenn so gearbeitet wird, dann werden alle statistischen Arbeiten herausgebracht werden, sobald sie gebraucht werden. Mancher Kampf wäre erfolgreicher verlaufen, wenn die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig in die Hände der verantwortlichen Körperlichkeiten gekommen wären. Unsere Stärke und unsere Schwäche spiegeln sich in den zur rechten Zeit gegebenen statistischen Zahlen wieder. Nur die Selbsterkenntnis vermittelt uns den Weg zur Besserung aller Uebelstände. Für uns dreht es sich nicht darum, daß wir es ebenso machen können wie die herrschenden Gewalten, sondern wir wollen, sollen und müssen es besser machen auf allen Gebieten und auch auf dem Gebiete der Statistik. Hier muß in Erkenntnis der bitteren Notwendigkeit durch äußerstes Pflichtbewußtsein und peinlichste Ordnungstriebe Musterbüttiges geleistet werden.

Paul Schulz.

Das Wirtschaftsjahr 1924.

I. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1924 wurde weltwirtschaftlich durch die Aktion, die seit Kriegsende grassierend Westwärts durch Reorganisation der überseeischen Produktions- und der mitteleuropäischen Konsumgebiete zu überwinden, beeinflusst. Es trat auch infolge der von dem mit Gold überfrachteten Amerika gewährten Anleihen eine Veruhigung bzw. Stabilisierung der europäischen Valuten (Oesterreich, Polen, Deutschland, Frankreich, Danemark usw.) teilweise eine Erreichung der alten Parität (Schweiz, Schweden) oder Annäherung an diese (Holland, England) ein. Die Entspannung äußerte sich durch vermehrten Umsatz im Welthandel.

	Jan.—Sept. 1924	Jan.—Sept. 1923
Englischer Handel (Ein- und Ausfuhr)	1601,4 Pfund	1440,1 Pfund
Holländischer Handel . . .	2800 Gulden	2389 Gulden
Dänischer Handel . . .	3295 Kronen	2674 Kronen
Deutsche Steinkohlenförderung Januar bis Oktober (im Frieden 118,88 Millionen Tonnen)	96,91 Millionen	52,48 Millionen
Textilurarbeitszeit in Lancashire (Normalarbeitszeit 46 bis 48 Stunden)	39,5 Stunden	31-32 Stunden

Jedoch sind überall in der Weltwirtschaft die Anzeichen zu einer Entspannung der internationalen Krise zu unbeständig und zu uneinheitlich, als daß gewisse Folgerungen gezogen werden könnten.

In Deutschland stellt sich der valutarische Prozeß als Kurs- und Preisproblem in dem imaginären Rentenmarkgeld, einer Zwischenwährung, dar. Die Finanz- bzw. Geldpolitik mußte also immer Wirtschaftspolitik sein. So ergaben sich im Laufe des Jahres die bekannten Konflikte zwischen der Geldpolitik der Reichsbank und der offiziellen Wirtschaftspolitik, d. h. der die ganze Wirtschaft berücksichtigenden Auffassung der Geldpolitik, steht im Grunde genommen der nackte Interessenstandpunkt mächtiger Wirtschaftsgruppen gegenüber, der sich nur branchenmäßig oder nach dem einzelnen Unternehmen orientiert.

Die Sicherung der Rentenmark wird durch Wiederherstellung der deutschen Hoheit in der Volkswirtschaft (z. B. im Ruhrrevier) erleichtert; weiter durch die amerikanischen Anleihen und die infolge des Deutschland für einen Teil seiner Reparationslasten gewährten Moratoriums eintretende günstige Entwicklung des Steuerertragens. Die Widerstände liegen aber in der Finanzlage der deutschen Privatwirtschaft. Die Anfang des Jahres in sie einströmenden

Rentenmarktkredite führen zu einer fühlbaren Verschärfung, da sich der Zinssatz anormal hoch stellt. Dazu ist die Rentenmarktschuld zum Teil unproduktiv, da sie, in der Hoffnung auf Preissteigerungen, meistens in dem spekulativen Erwerb oder Halten von Warenlagern steckt. So mußten sich die flüssigen Mittel (Betriebskapital) immer mehr verknappen. Wie die Geldbilanzierung, die Umstellung in unseren Kapitalgesellschaften von Papiermarkt auf Goldmarkt zeigt, hat sich an und für sich unter Einfluß der Sachwertphysiologie während der Inflation das Verhältnis zwischen totem, d. h. immobilisiertem Kapital, und Betriebskapital zugunsten der den Verlaufs-

besonders auf dem Getreidemarkt, wo die gegen 1923 schlechtere Ernte, die Getreideverschleuderungspolitik des Ernährungsministers Grafen Ranitz und die mit Reichsgeld ermöglichte spekulative Aufkaufspolitik des Landbundes die Preise anormal in die Höhe treiben.

Die Situation am Ende des Jahres ist etwa folgende: Die Rentenmarktschuld ist durch die bis weit über das gesetzliche Maß hinaus durch Gold und Devisen gedeckte Reichsmarkwährung abgelöst, die besonderen Schutz in der Transferbestimmung des Londoner Abkommens genießt. Die inflationistischen Preise drücken auf den Beschäftigungsgrad der Industrie, die nur in Saisonbranchen und in der Herstellung der Massen- und Stapelware trotz größten Warenhunger Anregung zeigt. So wurde zugunsten des sich schnell erholenden Unternehmertums eine Politik bevorzugt, die nicht im Interesse der Massen und der Wirtschaft lag.

II. Krise und Arbeitsmarkt.

Da es in Deutschland nur gelang, die Stabilisierungsfrage nach der Kursseite und nicht nach der Preisseite zu lösen, wurde das Problem der überhöhten Preise ausschlaggebend für den Verlauf der Krise und den Arbeitsmarkt. Die Jahre der Marktentwertung hatten in Deutschland einen beispiellosen Warenhunger erzeugt. Besonders fehlte es in den breiten Massen an Textilien, Schuhwerk, Haushaltsgeräten usw. Die mit der Stabilisierung einsetzende Nachfrage begünstigte einen recht lebhaften Geschäftsgang, durch den sich in kürzester Frist die Zahl der unterstützten Erwerbstätigen um eine Million verringerte. Jedoch handelte es sich um eine künstliche Belebung unter

Besserung der deutschen Finanzlage	Ende 1923	April 1924	Ende 1924
Ausland-Debarrierung in Rentenmark	4,49	4,885	4,14
Geldumlauf im Frieden ca. 6070 Mill.	2225,2		ca. 3900
Goldbestand der Reichsbank in Millionen	487,0	454,8	ca. 700,0
Reserve der			
a) Reichsbank und Darlehnskassen in Millionen Reichsmark	677,8	2074,7	ca. 2000,0
b) Girobank in Mill. Reichsmark	—	0,6	12,5
Gesamte Reichsbank in Mill. Reichsmark	—	1784,3	ca. 2000
Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen, Abgaben in Mill. Reichsmark	—	523,8	684,7 (1. Okt.)
Gesamteinnahmen von April bis Oktober 1924 = 80 5,9 Millionen Reichsmark = 20% des Jahresanschlages, davon (in Millionen Mark) Lohnabzugssteuer 707,3, Umlagesteuer 10 0,3.			

in unserer Industrie verschuldenden und die Befehungskosten und die Kalkulation belastenden Anlagewerte gründlich verschoben. In dieser Atmosphäre bildet sich die Tendenz nach Zerstückelung der Rentenmarktzweifel, um Auswege in einer neuen, durchaus unmöglichen Inflation zu finden.

Im April 1924 zeigt unser Geld bereits an den internationalen Börsen eine Entwertung von etwa 12 Proz., an den deutschen Preisen tagiert eine solche von 40 bis 50 Proz. Das Kurs- und Preisproblem drohen die Wirtschaft in einer Rentenmark- bzw. Gelbanleiheinflation zu erkaufen.

Die als Gegenwehr Anfang April 1924 einsetzende neue Geldpolitik wollte durch Intervention am Devisenmarkt und Rationierung der Wechselkredite (Begrenzung auf 2000 Millionen Rentenmark) Kurs- und Preisprobleme lösen und so, durch Kombination finanz- und wirtschaftspolitischer Mittel, die Zwischennährung schützen. Kursmäßig betrachtet hatte sie in kurzer Zeit Erfolg: das Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt bleibt seit Ende Juni wieder hergestellt und eine Lockerung der Devisenregelung tritt ein. Wirtschaftspolitisch verlagert sie durch Schuld der amtlichen Wirtschaftspolitik.

Die Eigenart der Sachlichen Restriktionspolitik, die stark von gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten befreit wurde, war die Beremigung der Wirtschaft durch Umwandlung der spekulativ festgehaltenen Sachwerte, Senkung der Preise, Förderung des Exports und Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung der Reallohn usw. Sie hat für ihr Gelingen die Verknappung des Geldes zur Voraussetzung. Diese Politik kam, wie unsere Konkurstabelle zeigt, nicht

Konkurse und Geschäftsaufsichten	März	August	Sept.	Oktr.
Konkurse (im Frieden monatlich 815)	58	896	850	752
Geschäftsaufsichten	—	484	801	285

zur Auswirkung, weil sie durch eine Privatwirtschaft, die kurz vorher 300 Goldmillionen in Frankenspekulation verlor und nun unter Berufung auf Geldmangel durch Stilllegung der Betriebe die Regierung mürbe machte, durchschert wurde. Mitte des Jahres floßen neue Kredite über die preussische Staatsbank (Seehandlung) usw. in die Wirtschaft und das Kreditkontingent der Reichsbank wurde um 10 Proz. auf 2200 Millionen erhöht. Dittiert wird die Opposition der offiziellen Wirtschaftspolitik durch den Plan, die schon durch Kartellzwang überbewerteten Preise überseht zu halten, um die Privatwirtschaft aus den Ueberpreisen zu finanzieren. Die neu einströmenden Kredite führen dann zu einer weiteren Preishauffe,

Preisvergleich wichtiger Waren im In- und Ausland 1913 und 4. Quartal 1924. (Die Preise verstehen sich in Goldmark auf Grund amtlicher Angaben.)

	1913		1924		Ueberpreis deutscher Waren in %
	Deutschland	Ausland	Deutschland	Ausland	
Woggen (50 kg)	8,22	5,25	11,93	10,43	+ 14,4
Weizen (50 kg)	9,94	7,08	12,02	11,00	+ 8,7
Hafer (50 kg)	8,11	5,42	9,62	7,80	+ 21,1
Sohle (1 Tonne)	12,00	10,97	15,48	15,20	+ 1,5
Eisen (1 Tonne)	60,50	81,44	91,29	74,17	+ 23,1

Konjunkturtafel	Preisindex für 10 Konjunkturempfindliche Waren (1913=100 Num.)	Reichsbankkredit (in Mill.)	Unterstützte Erwerbstätige	Baugenleistung der Reichsbahn
2. Januar 1924	120,97	677,8	1 590 050	56 880
Mitte Mai 1924	129,80	2 078,1	242 190	76 291
1. Sept. 1924	157,18	1 948,1	883 540	—
Anf. Nov. 1924	188,8	2 190,8	480 000	97 520

Einfluß der Rentenmarktkredite. Auf dem ersten großen Warenmarkt nach der Inflation, der Leipziger Frühjahrsmesse, stellten sich die Zusammenhänge ungefähr wie folgt dar: Der einheimische Handel kaufte, um seine durch die Inventurausverkäufe angegriffenen Lager auszufüllen, in starkem Maße. Aber auf Kredit, der mit vier- bis sechsmonatigen Zahlungsfristen auch gewährt wurde. Dagegen hielt er sich die ausländischen Einkäufer zurück, da die deutschen Preise 30, 50 und mehr Prozent über den Weltmarktpreisen lagen. Die Zurückhaltung des Auslandes erklärt zum Teil den Rückgang unserer Ausfuhr. In gleichem Maße wurde das Preisproblem wichtig für den binnenländischen Absatz und den Rückgang der Rohstoffzufuhren, da die Bevölkerung nur über Löhne, die nominell 20 Proz. und

Deutsche Ein- und Ausfuhr:	1913	April 1924	Juni 1924	Oktr. 1924
Einfuhr	938,8	808,2	758,1	855,6
Ausfuhr	849,9	482,1	475,2	611,8

real bis zu 50 Proz. unter Friedenslohn lagen, konnte sie nicht die fast doppelt hohen Friedenspreise bezahlen. Die so gedroffene Kaufkraft erschöpfte sich schnell in der Aufnahme schlechter und billiger, sogenannter Stapelware. Die Riesenaufträge, die der Handel z. B. in Leipzig gegeben hatte, wurden zum größten Teil annulliert, die Ware nicht abgenommen oder infolge Konkurs oder Geschäftsaufsicht nicht oder nur teilweise bezahlt.

Reduzierung der Fertigwarenausfuhr. (Geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorkriegswerten)

Es wurden ausgeführt im Monatsdurchschnitt:	1913	1923	1924
Textilwaren	101,8	68,0	53,6
Leder	45,9	28,0	19,8
Möbel — Holzwaren	6,1	10,0	4,9
Farben — Farbwaren	28,7	8,9	7,1
Waren aus Eisen	184,9	47,5	44,7
Waldlämmer	56,0	32,1	27,8
Stoffabzüge	7,2	5,6	2,6

Nach der Rentenmarktkreditschontenkonjunktur tritt eine Verschärfung der Krise ein: sie resultiert aus der Differenz zwischen Lohn und Preis. Von der Notwendigkeit ditiert, die Wirtschaft zu bereinigen, besonders die Preise zu senken, erfolgt die Kreditdrosselungspolitik des Reichs-

Verminderter Rohstoffbezug.
(Geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorkriegswerten.)

Es wurden eingeführt im Monatsdurchschnitt	1913	1923	1924
Textilrohstoff	132,6	59,8	76,9
Felle und Häute	55,7	28,9	30,5
Erze	24,4	0,8	11,0

bankpräsidenten Schacht. Nicht sie, sondern die durch übersehten Preise erbroffene Kaufkraft verschuldete also den Konjunkturrückschlag. Schachts Politik war geeignet, die Krise in Deutschland um Monate abzukürzen. Sie wurde aber durchlöchert, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die offizielle Wirtschaftspolitik verfolgte den Plan, dem Unternehmertum, zum Schaden der Wirtschaft und der Verbraucher, Betriebskapital aus den übersteuerten Preisen zuzuführen. Deshalb war sie 2. nicht in der Lage, ernsthaft gegen den preissteigernden Kartellunfug, besonders gegen die Preis- und Konditionskartelle vorzugehen. 3. Das Unternehmertum selbst wollte hohe, durch Schutz-zoll ermöglichte Inlandspreise, um die Auslandskonkurrenz auf dem Weltmarkt mit billigen Dumpingpreisen unterbieten zu können. Die Abkehr der offiziellen Wirtschaftspolitik von der Schachtschen Geldpolitik ist durch nichts zu rechtfertigen, vor allem nicht durch den sogenannten Geldmangel der Wirtschaft, denn die Abtragung hoher Auslandsschulden, z. B. durch die Harpen A.-G. und andere, auch die Ausschüttung von Dividenden zeigt das Gegenteil von Geldmangel und bessere Verdienste als zur Zeit der Inflation. Als Erfolg bei der amtlichen Wirtschaftspolitik Verbilligungsaktionen u. a. durch Steuerermäßigungen, da sich die Steuerreformen Ende 1923, besonders die Lohnabzugssteuer, die aber nur ungenügend gemildert wurde, als durchaus überspannt erwies. Wollte die Geldpolitik durch Zwang und wirtschaftliche Notwendigkeiten wirken, so appellieren die Verbilligungsaktionen mit dem Erfolg an den sogenannten guten Willen des Unternehmertums, daß sie, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, im Sande verlaufen.

Die stärkste Gegenwirkung gegen die Kreditdrofflung erfolgte aber durch die Preishaupte vom Getreidemarkt her, die der

Die Kanigische Agrarpreishaupte.

Es kosteten:	Freiborn	April 1924	November 1924
Woggen (1000 kg in Reichsmark)	162,5	130,3	225
Woggenbrot (per kg in Pf.)	28	28	ca. 42
Schweinefleisch (per kg in Pf.)	155	200	260
Milch (1 l in Pf.)	24	26	35

ganzen deutschen Preisbildung neue Tendenz nach oben gab. Die Politik des Ernährungsministers Grafen Kanig, durch Freigabe der Getreideausfuhr und Schutzollpropaganda die Agrarpreise zu treiben, war Liebessgabe für die Landwirtschaft und entsprach durchaus dem Sinn der verschlenen offiziellen Wirtschaftspolitik. Sie mußte doppelt die Krise verschärfen, da sie den Reallohn durchweg senkte, so daß nach Bestreitung der reinen Lebenshaltungskosten nur äußerst geringe Lohnanteile für den Kauf von anderen Waren (Schuhe, Wäsche usw.) übrig blieben. So stellt sich die vielgerühmte Entspannung der Krise am Jahresende 1924 mehr als Aufschludern in den Saison- und Stempelwarenindustrien dar. Eine wirkliche Entspannung scheint noch nicht einzutreten zu sein, dabei ist zu berücksichtigen, daß die amerikanischen Anleihen, die den Import größerer Rohstoffmengen ermöglichten, eine gewisse Belebung ausübten.

Abgesehen von dem ganz unvermeidlichen und schon aus Gründen der Erholung der Kaufkraft gebotenen Lohnkorrekturen, die Preis und Lohn in ein erträgliches Gleichgewicht bringen müßten, dürfte selbstverständlich eine deutsche Wirtschaftspolitik, einseitig geführt und auf die Interessen der Wirtschaft abgestellt, viel zu einer Abkürzung der Industriekrise beitragen. Ihre Ueberwindung ist aber ein weltwirtschaftliches Problem, schließlich noch immer die Liquidation von Kriegsfolgen. Sie werden durch Reorganisation der Märkte usw., die, wie wir gezeigt haben, im Laufe des verfloffenen Jahres nur von der valutatorischen Seite verucht wurde, zu beseitigen sein. Wir verweisen dabei auf die anormale Preisgestaltung der Rohstoffe und Rassenzüter, die sich teils dadurch erklärt, daß der Krieg die Produktion einschränkte (Wolle), teils aber dadurch, daß die ehemaligen Verbraucher z. B. Deutschland nicht mehr wie vor dem Krieg kaufkräftig genug sind (Kupfer usw.). Einen Schritt gegen den Wirtschaftsprotektionismus und nach der notwendigen internationalen Arbeitsteilung stellen unfeuzbar die Handelsvertrags- und Zollverhandlungen dar, die Deutschland allein mit über 30 Ländern

Preis-anomalien in der Rassenzüterproduktion.

	1913	Frühjahr 1924	Ende 1924
Weizen, New York, Hardwinter in cents per bushel = 36,35 Liter	100,5	120	170,5
Baumwolle, New Orleans, loco in cents per lb. = 9,4538 kg	17,90	23,10	24,40
Wolle, Austral. A/2 A fleeces in d (penny) per lb.	31,00	03,00	74,00
Tute, London, in Sterlingpfund per Tonne	35,19	27,5	40,00
Kautschuk, para, in Sterlingpfund per Tonne	2,3	—	1,6
Stabeisen, Birmingham, in Sterlingpfund per Tonne	7,15,3	—	12,10
Kupfer, New York, Elektrolyt, loco in cents per lb.	15	13,55	14,00

führt. Zu beachten sind auch die Bestrebungen der einzelnen Industrien nach internationaler Zusammenschluß, wie sie in den Plänen nach Bildung eines internationalen Einlenartells zutage treten. Ziel der Arbeiterklasse muß es sein, daß die vorhandenen Komplikationen die Welt nicht zu einem neuen Wirtschaftskrieg führen, die Probleme müssen im Geiste der Völkerverständigung gelöst werden. Daß die Gewerkschaften diesen Prozeß im weitesten Maße beeinflussen können, ist natürlich und zu erwarten!

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Lohnregelung bei der Reichsmarinereverf. Das Reichswirtschaftsministerium (Chef der Marinereverf.) hat am 10. Dezember 1924 unter Nr. 11.9566 folgende Verfügung erlassen:

Durch die Neuregelung der Lohnsätze für die Reichsbetriebsarbeiter (M. R. Nr. 59 vom 27. November 1924 — Nr. 1071) erhöht sich der Spitzenlohn der Handwerkergruppe III von 51 auf 57 Pf., also um 11,8 Proz. Gemäß § 4 Ziff. 4 des Marine-Berufstarifvertrages erhöhen sich daher mit Wirkung vom 16. Dezember 1924 ab die Berstarbeiterlöhne entsprechend wie folgt: Spitzenlohn der Gelehrten 55 + 11,8 Proz. = 61,49 = 0,61 Pf. Taven 94,23 Proz. für die Angelernten = 57,48 = 0,57 Pf., davon 80,8 Prozent für die Ungelernten = 49,29 = 0,49 Pf., davon 75 Proz. für die ausgelehrten Jugendlichen = 45,75 = 0,46 Pf. Die Lohnsätze betragen also für: Gelehrte 57—61 Pf., Akkordgrundlohn 61 Pf., Angelernte 53 bis 57 Pf., Akkordgrundlohn 57 Pf., Ungelernte 46—49 Pf., Akkordgrundlohn 49 Pf., Jugendliche unter 15 Jahren 17 Pf., von 15 bis 16 Jahren 20 Pf., von 16 bis 17 Jahren 24 Pf., von 17 bis 18 Jahren 30 Pf., von 18 bis 19 Jahren 34 Pf., von 19 bis 20 Jahren 38 Pf., Ausgelernte Jugendliche 46 Pf., Reinemachefrauen 75 Proz. von 49,29 = 36,97 = 37 Pf., Arbeiterinnen 75 Proz. von 57,48 = 43,11 = 43 Pf. Wochensöhner: Pfärmer, Bureauclavier 27,63 + 11,8 Proz. = 30,89 Pf., Hausmeister 30,81 + 11,8 Proz. = 34,45 Pf., Feuerwehrlente, Wächter 34, — + 11,8 Proz. = 38,01 Pf., Oberfeuerwehrlente, Oberwächter 36,13 + 11,8 Proz. = 40,39 Pf.

Der besondere Leistungslohn für einen Teil hochwertiger Handwerker beträgt gemäß § 4 Ziff. 2 = 61 + 2 = 63 Pf.

Landstraßenwärter

Oberschlesien. Jeder ältere Gewerkschafter erinnert sich noch der Zeit, wo vor 20 bis 30 Jahren der damalige Reichstagsabgeordnete Bebel den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum propagierte. Die Unternehmer erwiderten darauf, daß der Abschluß solcher Verträge schon deshalb nicht möglich sei, weil die Arbeiterschaft nicht das hochentwickelte Ehrgefühl besitze, um solche Verträge in ihren Einzelheiten zu halten. Jetzt sind solche Verträge gekommen und die Erfahrung lehrt, daß gerade die Vertragsbrecher in den Reihen der Arbeitgeber sitzen. Davon können wir in Schlesien ein Lied singen und in zahlreichen Fällen nachweisen, wie Arbeitgeber über grundsätzliche Bestimmungen hinwegzuvolligieren, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Ein Landrat entließ plötzlich die Chauffeure seines Kreises, obgleich eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vertraglich festgelegt ist. Er begründet dem Kreisaußschuß die Maßnahme damit, daß der Kreis kein Geld habe und demzufolge die Vertragsbestimmung über die Kündigungsfrist keine Gültigkeit habe. Die Schiedsstelle mußte ihn erst beibringen, daß solche landrätliche Jurisprudenz in Deutschland noch nicht üblich ist. Besonders darauf geacht, Tarifverträge so auszulegen, wie er sie auffaßt, ist der Kreisbaumeister des Kreises Gleiwitz, Herr Senbold. Der Tarif für Chauffeure Oberschlesiens sieht bei Arbeitnehmern außerhalb des Tätigkeitsbereichs der einzelnen Wärtler Entfernungszulagen vor. Herrn Senbold passen diese Zulagen nicht in den Kram und deshalb erließ er eine klare Vertragsbestimmung durch sein eigenmächtiges Diktat. Daß es im § 13 des Vertrages heißt: „Arbeitsordnungen und Dienstverordnungen dürfen mit den Bestimmungen des Tarifvertrages nicht im Widerspruch stehen“, irritiert Herrn Senbold gar nicht. Er will Vertragsbruch verüben und

schreibt uns auf eine Beschwerde diesbezüglich wörtlich: „Bisher bekamen die Wärter in solchen Fällen Entfernungszulagen. Das fällt natürlich jetzt fort. Wer von den Wärtern solche Arbeiten außerhalb seines Bezirks nicht annehmen will, der bleibt dann eben arbeitslos zu Hause.“ Eine weitere Vertragsbestimmung sieht eine vierwöchentliche Kündigung vor, und Herr Seybold ist gar nicht berechtigt, zu diktieren, die Wärter bleiben dann einfach zu Hause, sondern er hat erst eine vierwöchentliche Kündigung für jede Aenderung des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen. Aber der diktatorische Ton des Schreibens zeigt schon, daß Herr Seybold wahrscheinlich sich zu einem Teil als Kreisbaumeister und zum anderen Teil noch als königlich preussischer Offizier fühlt, der glaubt, immer nur Befehlen zu können. In dem Schreiben an unsere Gauleitung in Breslau fällt auch die sonderbare Logik dieses Kreisbaumeisters auf. Eingangs erklärt er kategorisch: das und das müssen die Wärter tun; im Schlußsatz aber sagt er: „Ein Zwang auf die Wärter, diese Arbeiten ausführen zu müssen, ist in keiner Weise ausgeübt worden.“ Im Schlußsatz widerlegt Herr Seybold das, was er im Eingang seines Schreibens gesagt hat. Jedenfalls ist es für uns insofern wertvoll, als es zeigt, daß man vor keinem Terrorismus zurückschreckt, wenn es gilt, den Arbeitern eins auszuwaschen. Wenn einmal die Arbeiter eine solche Taktik befolgen würden, wie wurde dann Herr Seybold und seine nationalistiche Presse über Terrorismus zerkern. Das Wortkommisariat zeigt aber auch den Chauffeurwärttern, wie es ihnen erst ergehen würde, wenn sie nicht ihre Organisation hätten und die Herren noch wie in der Vorkriegszeit in der Lage wären, widerspruchslos ihre Diktate durchzuführen.

• Aus unserer Bewegung •

Die **Gauleitung** in Erfurt am 23. November 1924 war besetzt von 25 Delegierten aus 23 Filialen, den beiden Gauleitern und 15 Gästen. Kollege **Stierwald** referierte über: „Der Gemeindefabrikarbeiterstreik und seine Lehren.“ Er schilderte den Verlauf des thüringischen Gemeindefabrikarbeiterstreiks, zählte die dabei errungenen Vorkämpferfolge auf und ging auf das sonderbare Verhalten der kommunistischen Presse ein. (Siehe Nr. 43 und 44 der „Gewerkschaft“.) Stierwald sagte: „Die Lohnkommission war der Auffassung, daß diese Berichte der Jenaer kommunistischen „Neuen Zeitung“ aus der Feder des Kollegen **Kroll**, Jena, stammen. Notwendig ist es für alle Zeiten, wenn ein einheitlich beschlossener Kampf siegreich beendet werden soll, alles zu unterlassen, was die Einheitsfront im Kampfe stört.“ In der Diskussion wies Kroll die Behauptung zurück, daß er der Berichterstatter der kommunistischen Presse gewesen sei. Kollege **Zippel**, Erfurt, stellte Vergleiche des Thüringer Streiks mit dem des mitteldeutschen Gemeindefabrikarbeiterstreiks an. Er kam zu dem Resultat, daß örtliche Verhandlungen während des Streiks keinen Erfolg bringen und deshalb unterbleiben müssen. — Bei der darauffolgenden Neuwahl der Lohnkommission wurden alle Kollegen mit Ausnahme von **Opel-Böhmer** wiedergewählt, an seine Stelle tritt **Krause-Böhmer**. Als Beisitzer für die örtliche und Bezirkschiedsstelle wurden die Kollegen **Münich-Weinar** und **Kroll-Jena** wiedergewählt. Zur Frage des Bezirkslohntarifvertrages teilte Kollege **Stierwald** mit, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Neue Verhandlungen stehen bevor, jedoch will der Arbeitgeberverband für Thüringen ebenfalls Leistungsgruppen schaffen und außerdem eine Erweiterung der Lohngruppenspannen vornehmen. Zum Schluß teilte Kollege **Stierwald** noch mit, daß die Filiale **Gera** am 16. und 17. Januar ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiert. Deshalb wird an diesem Tage die nächst: Landeskonferenz in **Gera** stattfinden.

Bezirk Nord-West Bremen. Die Verhandlungen am 17. Oktober verliefen ergebnislos, die angerufene Bezirkschiedsstelle fällt am 24. Oktober den Spruch: „Eine Erhöhung der Löhne wird zurzeit abgelehnt.“ Die angerufene Zentralschiedsstelle hingegen entschied am 6. November: „Der Spitzenlohn der getrennten Arbeiter in der höchsten Ortsklasse wird von der Lohnwoche ab, in die der 24. Oktober fällt, um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die übrigen Lohnsätze errechnen sich nach dem bisherigen Prozentverhältnis.“ Diese Entscheidung wurde von dem Arbeitgeberverband abgelehnt. Unser Verband beantragte daraufhin die Verbindlichkeitsklärung. Durch Vermittlung des Schlichters fanden darauf am 17. November Vergleichsverhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten:

1. Vom 1. November 1924 an werden die Löhne der männlichen über 24 Jahre alten Arbeiter in den Gruppen I bis V um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Löhne der übrigen Altersklassen und Lohngruppen werden entsprechend erhöht. — 2. Werden seitens des Reiches die Löhne der Reichsarbeiter erhöht, so sollen die Reichs-Lohnverhältnisse nach näherer Vereinbarung auch den Gemeinde- und Staatsarbeitern vom Tage der Reichs-Lohnverhältnisse an gerechnet werden.

Damit fand die Lohnbewegung vorläufig ihr Ende. Nachdem die Reichsarbeiter-Lohnverhandlungen ihren Abschluß gefunden hatten, traten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund der Schlichtervereinbarung am 9. Dezember zu Nachverhandlungen erneut zusammen. Hier stellten die Arbeitnehmer einen Vergleichsvorschlag dahin, zu den bisher gezahlten 4 Pf. auf alle Lohngruppen noch 3 Pf. anzulegen. Dieses wurde von den Arbeitgebern abgelehnt mit

dem Hinweis, über den Schlichtervergleich nicht hinausgehen zu können, sich daran also gebunden zu fühlen. Dabei erklärten die Arbeitgeber weiter, daß sie sich vorbehalten müßten, demnächst die neuen Löhne zu kündigen, da sie gegenüber der Privatindustrie zu hoch seien und für die Städte und Gemeinden nicht tragbar wären. Gemessen an der bisher frassen Einstellung, auf jeden Fall nur den Lohn der Reichsarbeiter zu zahlen, ist die Stellungnahme der Städtevertreter zu der Kündigung der Löhne recht insofern, anscheinend hervorgerufen durch Beeinflussung maßgebender Personen, die an Regierungsstellen sitzen und Industrievertreter sind. Inwieweit beratende Personen im Arbeitgeberkreise, die als Betriebsleiter persönlichen Gewinn aus städtischen Werken ziehen, ihren Einfluß geltend machen, bleibt zur Feststellung späterer Zeit überlassen. — Nach der nunmehr geltenden Bezirkslohntafel gestalten sich die Löhne ab 16. November wie folgt:

Für die Städte in Ortsklasse A Bremen, Bremerhaven, Wesermünde: männliche Arbeiter über 24 Jahre Lohngruppe I 71 Pf., II 65 Pf., III 58 Pf., IV 52 Pf., V 50 Pf.; weibliche Arbeiter über 24 Jahre Lohngruppe VII 49 Pf., VIII 44 Pf., IX 38 Pf. — Nach zweijähriger Beschäftigung steigt der Lohn um 1 Pf. in allen Gruppen als Berufserzulage. Die Sozialzulage beträgt 3 Pf. für die Frau und jedes Kind. Die Löhne der jüngeren Arbeiter berechnen sich für die 21- bis 24-jährigen mit 96 v. H. und die der 18- bis 21-jährigen mit 88 v. H. von den über 24-jährigen Löhnen. — Die Löhne der anderen im Bezirk liegenden Städte berechnen sich je nach der Ortsklasse und den Ortszulagen nach den oben genannten Lohnsätzen der Ortsklasse A. Die Löhne der nicht unter der Bezirkslohntafel stehenden Arbeiter werden örtlich geregelt.

Die jetzigen Löhne, gemessen nach den Preisen und der Lebenshaltung des Arbeiters, stehen noch viel zu niedrig. Darauf nehmen die Arbeitgeber aber keine Rücksicht, denn sonst könnten sie nicht zu der Stellungnahme kommen, obige Löhne als zu hoch zu bezeichnen und sich die Kündigung vorzubehalten. Die Arbeiterschaft wird auf dem Posten sein und ihre Existenz zu verbessern wissen.

Augsburg. Eine falsche Darstellung der christlichen „Gewerkschaftlichen Rundschau“ veranlaßte unsern Kollegen **Schuster**, der Redaktion dieses Blattes folgende Richtigstellung zuzuleiten:

In der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ Nr. 25 vom 13. Dezember 1924 befindet sich unter der Rubrik: Aus den Ortsgruppen ein Artikel aus Augsburg, in dem behauptet wird, daß die Ortsgruppe Augsburg des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen zu der Frage der Urabstimmung um Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche nicht gehört worden sei. Ich stelle hiermit ausdrücklich fest, daß zur Beratung dieser Angelegenheit sämtliche Betriebsräte der städtischen Betriebe Augsburgs anwesend waren. Darunter waren auch vier Betriebsräte der Ortsgruppe Ihres Verbandes (auch der Vertreter Ihrer Ortsgruppe, Kollege **Schilling**, gehört dazu) anwesend. — Auf öffentliche Anfrage in dieser Betriebsräteversammlung, ob die Christlichen diese Urabstimmung selbstständig durchführen wollen, gab der Vorsitzende Ihres Verbandes, Kollege **Schilling**, folgende mündliche Erklärung ab: „Die christlichen Kollegen seien damit einverstanden, wenn von uns, das heißt, von der freien Organisation, diese Urabstimmung durchgeführt werde. Wir christlichen Kollegen machen mit und können uns diese Arbeit ersparen.“ So war der Wortlaut der Erklärung des Kollegen **Schilling**. Dies zur Richtigstellung zu diesem Punkte. — Weiter wird in diesem Artikel behauptet, daß **Oberbaurat Sametschel** in der Bau- und Finanzsitzung vom 12. November 1924 beantragt habe, für verschiedene städtische Betriebe die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen, der sozialdemokratische Stadtrat **Schuster** aber den Gegenantrag stellte, in sämtlichen städtischen Betrieben es bei der 54-Stunden-Woche zu belassen. Demgegenüber stelle ich fest, daß **Oberbaurat Sametschel** nicht beantragte, in verschiedenen städtischen Betrieben die 48-Stunden-Woche einzuführen, sondern es wurde lediglich beantragt, in verschiedenen städtischen Betrieben Kurzarbeit einzuführen. Gegen diesen Antrag hat sich der sozialdemokratische Stadtrat **Schuster** gewandt und auch dagegen gestimmt. Ich ersuche um freundliche Aufnahme dieser Berichtigung in der nächsten Nummer der „Gewerkschaftlichen Rundschau“.

Halle a. d. S. Als im Sommer 1924 die Reinigung der Straßen mit Maschinen wieder eingeführt werden sollte, wurde die Belegschaft in der Weise verstimmt, daß die rationelle Reinigung in Kolonnen von 11 Arbeitern (vor dem Kriege 17–21 Arbeiter) notwendig ausgeführt werden konnte. Kaum vier Monate dauerte diese Reinigung. Seit längerer Zeit ist der Maschinenbetrieb wieder teilweise eingestellt, weil angeblich keine Mittel mehr vorhanden sind. Obwohl seit dem Streik noch 14 Arbeiter ausgespart sind und der Lohn für diese Arbeiter gespart wird, reichen die bewilligten Mittel nicht. Nun ist die Vermaltung der Straßenreinigung zu dem Entschluß gekommen, um Geld zu sparen, die in der Kolonne befindlichen Klebrichtwagen zu anderen Zwecken zu verwenden. Der zukunftsgeleitete Bericht soll von den Weuten selbst in kleinen handbaren Aufsammlungen gefahren werden. Bei einiger Ueberlegung muß jeder vernünftige Mensch feststellen, daß ein solches Ansuchen nur von einer Verwaltung ausgeht, die auf vollständigen Ruinbau der Arbeiterkraft ausgeht. Für Neuanschaffung von Geräten ist kein Geld vorhanden, aber zum Herrichten eines Kustschwagens für etwaige Spazierfahrten liegt das Geld bereit. Es ist wohl an der Zeit, daß sich die Öffentlichkeit einmal mit den Zuständen in der Verwaltung der Straßenreinigung befaßt.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Demag). Nach einem Beschluß des letzten Verbandstages ändert der Zentralverband der Bäcker und Konditoren am 1. Januar 1925 seinen Namen in Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Demag) um. Die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ stellt mit Ende dieses Jahres ihr Erscheinen ein. Es tritt an ihre Stelle die wöchentlich erscheinende „Einigkeit“ mit Beilagen „Freuenrecht“ und „Lehrlinge und Jugend“. Außerdem erscheint monatlich eine fachtechnische Zeitschrift „Lehrzeit und Wirtschaftswesen“ zum Preise von 50 Pf. pro Heft bei 28 Textseiten. Der Sitz des Verbandsvorstandes und der Redaktion ist in Hannover 1, Beienbinderhof 57.

♦ Internationale Rundschau ♦

Zum Tode von Samuel Gompers. Mit Samuel Gompers, dem Führer der amerikanischen Gewerkschaften, der Mitte Dezember im 71. Lebensjahre verschieden ist, ging einer der hervorragenden Gewerkschaftler dahin. Wenige Arbeiterführer sind wohl so vielseitig beachtet worden wie er, der unter sehr schwierigen Umständen ein ebenso schwieriges Werk zu vollbringen strebte. Die verschiedenen Stadien werden manchmal als ein Land betrachtet, während sie in Wirklichkeit einen Erdteil mit den gleichen Verhältnissen der Jura, von der Entwicklung und der Zivilisationsmöglichkeiten darstellen wie die Länder des europäischen Erdteils. Der die Hindernisse nicht überwinden konnte, die zu überwinden waren, wenn man z. B. in Europa die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter in Länder in denen der Arbeiter keine Gewerkschaften hatte wie die germanischen Länder, der kann sich auch nicht vorstellen die Schwierigkeiten vor sich, die mit dem Organisationsproblem in den verschiedenen Staaten Amerikas verbunden sind, wo es Arbeiter gibt, die nicht täglich mit der Möglichkeit rechnen, Millionäre zu werden, während andere durch Amerika eben ins Land geschleppte Arbeiter kaum oder überhaupt nicht leben und sprechen können. Auch heute noch stehen der gewerkschaftlichen Arbeit große Hindernisse im Wege, vor 10 Jahren waren diese Hindernisse unüberwindlich. Gompers hat diese Schwierigkeiten überwunden und für den gewerkschaftlichen Arbeiter geschaffen, viel weniger gebraucht und erobert. Die Aufschüttung, die der europäischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber liegen, vermehrte er nicht zu ihren. Gompers muß nicht als Führer im Kampfe gegen die Arbeitgeber auftreten, sondern er stand eher einer Art Gilde vor, die für die Interessen ihrer Mitglieder kämpft. Diese Stellung nahm er bestmöglich auch seine ganz. Taktik. Seine Idee auf die Sozialgesetzgebung zu verlassen, war er für den freien Kampf zwischen den Arbeitgeber und den Arbeiter und ihren Arbeitgebern. Auf diesen Gebieten mußte er viel zu erreichen. Wenn er auch nicht Methoden erwarb, wie sie bei uns allgemein üblich sind, so darf man andererseits auch nicht vergessen, daß Gompers noch im Jahre 1919 in einer Sitzung in Washington gegenüber den Grundbesitzern die Rechte der gewerkschaftlichen Organisationen, das Verbot der Gewalttätigkeit der Kollektivverträge verteidigen mußte. In einem Lande, wo die Unternehmung noch so rückständig sind wie in Amerika, hält es für einen Gewerkschaftsführer schwer, moderne Methoden einzuführen. Angehört dieser Verschiedenheiten in der Entwicklung zwischen Gompers und den europäischen Führern auch ihre Meinungsverschiedenheiten. Dies soll jedoch keine der Parteien hindern, das andere Leistungen anzuerkennen. Dies gilt auch für die gewaltsame Arbeitskraft, die Gompers in seiner Welt in den Diensten der Bewegung stellte, der er vorstand.

♦ Rundschau ♦

— Gedanken zu Neujahr —

Der Neujahrstag ist der Tag des Rückblicks und des Vorwärtsschauens, des Gedankens und des Willens, der Erinnerung und des Glaubens. Und wenn dem einzelnen das vergangene Jahr auch noch so übel gewesen: mit neuem Hoffen geht jeder ins neue Jahr hinein. Und darum überreichen die Menschen in froher Zuversicht diesen Meilenstein ihres Lebens, und in heiterer Stimmung beklammern sie sich, wenn die Glocken das Schicksal des alten Jahres zu Boden begangen. Ein neues Stück Leben soll sich vollziehen im neuen Jahre, besser als das vergangene. Während die Menschen so ihre Idee des neuen Hoffens beachten, verirrt die Unendlichkeit: Drob ist ihr Ziel nicht. Die Erde hat ihren Lauf durch das All mit der Zeit vollendet und mit der gleichen ewigen Gesetzmäßigkeit haben die einzelnen Splitter des Alls ihren Lauf als Gefährten der Sonne vollendet. Und wenn sie sich drängen im Weltbild zu gehen, drängen sie die Gewerkschaft weiter auf ihrer Bahn. Nach euerem Glauben verhalten sich ihr Volk, und es ist zu erreichen, wenn und

wo sie sich wiedersehen und wann wieder Silbersterne herabschauen auf die Erdenwelt. Gesetzmäßigkeit ist der Natur ewiges Wesen. Nach euerem Gesehen wurde die Erde, nach euerem Gesehen bis zur Gegenwart. Und Organisation ist der Sinn dieses ewigen Wachens. Entwicklung heißt organisatorisches Wachen zur Harmonie. Nur das organisatorische Meinander ermöglicht das Gefüge der Sterne, und je höher auf Erden der organisatorische Gedanke in die Erscheinung tritt, um so größer ist die Entwicklung, um so höher die Harmonie, um so vollendeter das Leben. Die Erde hat ihren Planlauf um die Sonne beendet: Laßt uns im neuen Jahre kämpfend streben um Plan und Ordnung im Menschensein! Darin handeln wir im Sinne der heiligen Sprache der Sterne, die da heißt: Ordnung nach ewigen, euerem, großem Gesetz. Ordnung! Nicht Raume und Willkür! Nicht wirtschaftliche Gewalt! Nicht wirtschaftlicher Zufall! Nicht wirtschaftliche Planlosigkeit mit ihren Krisen, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrer Not! Nicht! Ordnung! Auch der Mensch soll frei gehen seine natürliche Lebensstraße, frei, und darum vereint, daß er frei sei. Wer als einziger irrt, erfüllt nicht des Menschen Sinn. Er ist schwach. Er ist Spielzeug der Macht, Kustodie auf dem wehenden Meer des kapitalistischen Verstromens. Er muß mit Sorgen hineingehen ins neue Jahr. Er kann schon in 8 Tagen ein Opfer werden unterer noch so moderner Stufe des organisatorischen Wachens der Geschichte, weil er nicht gehalten wird von einem Gesetz, das kämpfend Recht und Gerechtigkeit erzwingt. Der gewerkschaftliche Zusammenhalt des arbeitenden Volkes ist die schaffende Macht am Aufbau der Welt. Du sollst als volles, berechnetes Geschick sein und sicher gehen im Leben! Das ist Verantwortung des Managements. Das ist die ewige Ordnung im Sinne. Und darum mit frohem Mut hinein ins neue Jahr zu jenem Kampf, da steht ein Kampf um Recht im der Gewerkschaft nicht nur dem Zweck, sondern auch der Sinn des Lebens ist.

Juni 30. Geburtstag Lujo Brentanos am 18. Dezember 1921. In Waidenfels geboren, studierte der berühmte Sozialpolitiker Professor Lujo Brentano in Dublin, Weidberg, München, Würzburg und Göttingen, unterbrach 1868 in England die Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung und wurde 1871 Privatdozent in Berlin. 1872 ging er erneut nach England und übernahm im gleichen Jahre eine Professur in Breslau. Von 1882 bis 1888 wirkte er in Straßburg, ging dann auf ein Jahr nach Wien, von 1889 bis 1891 lehrte er in Leipzig und von da ab in München. Brentano gehörte der liberalen Schule an, mit der ihn besonders sein Kampf für den Freihandel verband. Er war indes nichts weniger als ein Radikaler, sondern einer der ersten, die die Konzeptionen der Sozialpolitik übernahmen. Tant seiner eingehenden Studien in England, wo die Randarbeiterdoktrin am frühesten durch die Fabrikanten bill und die Trade Union Bewegung überwunden ward, wurde er zum begeisterten Vorkämpfer der Sozialpolitik und der Gewerkschaften, die er besonders gegenüber der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger verteidigte. Er galt daher als einer der bestachtlichsten oder „Kathederialisten“. Daß er überdies als Freihandelskämpfer eine scharfe Klinge führt, machte ihn der schutzpolizeilich überhöhten Unternehmerwelt nur noch verhaßter. Groß ist die Zahl seiner Schriften, von denen am meisten „Die Arbeiterkassen der Gegenwart“ (1871—1872, 2 Bde.), ferner „Neuer das Verhältnis von Arbeitskraft und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ (1876), „Der Schutz der Arbeitswilligen“ (1893), „Kritik über Reform“ (Wegen die Arbeiterkassenverträge, 1899) bekannt geworden sind. Im Juni 1925 veröffentlichte der beinahe Achtzigjährige in der „Sozialen Praxis“ eine Reihe von Aufsätzen gegen die Angriffe des Unternehmertums auf den Acht und e t a a, die sich ebenso durch wissenschaftliche Beweiskritik als auch durch ihre herzerlösende Sprache auszeichneten. Die Verlags-Gesellschaft des ADGB hat diese Aufsätze als Schrift unter dem Titel: „Der Auktium gegen den Achtstunden-tag“ herausgegeben. Daß er auf dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag eine gewisse Enttäuschung bereitet, haben wir bereits in Nr. 42 der „Gewerkschaft“ ausgeführt. Aus seiner damaligen Stellung macht die Unternehmernpresse eine Warnung vor dem Achtstundentag und klopft ihm zum Kronzeugen für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung. Man braucht indes nur Brentanos letztgenannte Schrift erneut zu lesen, um diesen Gedanken abzuweisen. Brentano hat ein lautes Leben hinter sich, reich an Arbeit und Erfahrung, an Kampf und Gewinn, aber auch reich an Erfolgen und Ehren. Mit 70 Jahren zählt ihn die deutsche Arbeiterbewegung zu den höchsten Ahnen und ruft ihn auch die deutsche Arbeiterbewegung als erhabenen Freund der Gewerkschaften.

Eingegangene Schriften und Bücher

Stoffbuchgeschichten. Von Hans Baluschek. Gollmann 1,60 Mk. Verlag J. G. B. Dietz Nachf., Berlin.

Hans Baluschek, der Arbeitermaler, hat die Feder angesetzt, um Objekte seines Stoffschleifs festzuhalten, denen er mit dem Pinsel nicht vollkommen konnte. Es sind Beiträge zur Ethnologie des Kleinbürgertums, des Proletariats und des Pazandantums, die in diesen Romanen gegeben werden, gleich interessant vom künstlerischen wie vom sozial-analytischen Standpunkt aus. Selbstverständlich wird in sozial-referierender Form vorgetragen, aber mit innerer Linie zu den Personen der Handlung. Die Mollität, die Baluschek als Maler ansetzt, spricht sich auch jeder Seite seiner literarischen Produktion. Er berichtet gern beim Detail, hält die überaus persönlichen Dinge fest und gibt ihnen eine eigene lebensmäßige Gestalt. Baluschek-Verweise sind dieser Romanwelt ein wertvolles und willkommenes Buch.

Wohin der politische Akt. Von Eugen Rosenfeld. Verlag der Carolo-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M., SteinstraÙe 57. Preis 1 Mk.

Die soziale Bewegung der europäischen Länder. Sozialistischer Fortschritt für Deutschland. Berlin-Verlag, Heymstr. 2.

Arbeitsrecht. Von Dr. Walter Jakob. Verlag: Gustav Fischer, Leipzig. Preis gebunden 30 Pf.

Unternehmer und Sozialisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924. Herausgegeben vom Vorstand der Bergarbeiter Deutschlands. 90 Seiten. Preis 75 Pf. im Buchhandel. Die Gewerkschaftsmitglieder durch die gewerkschaftliche Organisation 40 Pf. Zu beziehen durch die Firma Gansmann u. Co., Postum 1. W., Biemelhäuser Straße 36/42.

Gewerkschaftserziehung durch Erzählergemeinschaften. Von Paul H. Szejnfeld und Ludwig Wagner. Bericht über einen Beitrag der Jugendbewegung zur Sozialpädagogik. Kyngrader-Verlag, Leipzig. Brüder Engelstr., Wien X.

Technische Rechnen. Einführung in das technische Rechnen für alle Berufsstände. Von Kurtat Ing. J. Schumann. Kyngrader-Verlag, Leipzig. Brüder Engelstr., Wien. Das Zahlenrechnen und das Algebraische Rechnen wird hier jedem Interessierten in leichtföhrlicher Weise zur Kenntnis gebracht.

Natur und Welt, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Preis für 3 Hefte 90 Pf. und 10 Pf. Worte. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1. Geben erlöseten Nr. 6. Inhalt: Natur-Welt und Götze. Die Natur als Revolutionärin der Religion. Die Religion des Sozialismus und der sozialistische Kulturkampf. 100 Jahre Sozialismus: Die religiöse Welt der sozialistischen Utopisten. Religiöser Sozialismus oder Arbeiterreligion oder proletarische Religion?

Die sozialen Probleme des Betriebes. In Verbindung mit zahlreichen Fachleuten herausgegeben von Dr. Heinz Rothhoff, München. 340 Seiten. — Preis geb. 8 Mk., in Halbleinen geb. 9 Mk. 1925. Industrieverlag Goyach u. Eisele, Berlin G. 2.

Die sozialen Probleme des Betriebes herausstellen, ist der Zweck des obigen Sammelwerkes, das von Dr. Heinz Rothhoff in Verbindung mit zahlreichen Fachleuten herausgegeben wird. Das Betriebsrecht ist der erste hochbedeutende Schritt in neuen, sozialen Rechtswelt. — Aber an diesen ersten Schritt werden sich weitere anschließen müssen. Das Betriebsrecht ist in sich ein Ganzes, das sich nicht in Einzelteilen, sondern in einem Ganzen, wie Tarifverträge, Betriebsräte und nicht getrennt, sondern in einem Ganzen, auf dem der Arbeitnehmer Einfluss auf die Produktion, auf die Betriebsführung, und auf dem er neue Verfassungen gewinnt. Eine Frage von großer Bedeutung ist, ob die Betriebsgemeinschaft oder die Unternehmensgemeinschaft (Gewerkschaft) Träger der neuen Aufgabe sein soll. Die verschiedenen Abhandlungen, in denen jeder Verfasser eine Zeitschrift unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt, gruppieren sich um folgende Probleme: 1. Gewerkschaft des Betriebes zur Rechtsprechung, zum selbständigen Tragen von Vermögenswerten; 2. Durchsetzung und Fortbildung der Betriebsverfassung; 3. Verhältnis zur Betriebsleitung (Gewerkschaften, Tarifverträge) und zur Betriebsverwaltung (Betriebsräte, Betriebsämter, Betriebsräte, Betriebsräte); 4. Welche Wirkung hätte das auf die Organisierung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben? — Ob und der Bedeutung aller Einzelfragen von den verschiedensten Standpunkten aus hat das Buch die Einheit ergeben wird, ob aber ein Grundgedanke gefunden wird, der den Weg zur einheitlichen Lösung der Betriebsprobleme zeigt, was notwendig dahingehört. Das Buch will die mit anschließende Arbeit leisten, indem es die Bedeutung der einzelnen Fragen, ihren Zusammenhang und theoretische Möglichkeiten ihrer Lösung herausarbeitet. Damit wird es dem Interesse vieler Kreise, namentlich von Unternehmern, Gewerkschaften, aber auch von Juristen, Verwaltungsbeamten und Sozialpolitikern begegnen.

Gewerkschaften und Arbeitsrecht. Von Clemens Kappel (Band IV der Gewerkschaftlichen Jugendbücher). Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Arbeitsrecht nimmt in der Arbeiterbewegung eine sehr wichtige Stellung ein. Das Buch von Kappel soll hierin der Jugend die Kenntnis der allgemeinen Grundzüge vermitteln. Es handelt sich um keine Fragebogen-aufnahmestellung, sondern um eine lebendige Darstellung. Dabei sind die Entwicklung des Arbeitsrechts, das lebendige Recht, die Fortbewegung der Arbeiter und das Wesen der Gewerkschaften im Vordergrund gestellt, wobei natürlich keine bestimmte allgemein anerkannte Auffassung, sondern weil es diese vielfach noch nicht gibt, oft nur der Eins und Zwei erläutert werden konnte. Auch im Arbeitsrecht ist vieles noch problematisch. Nachzuweisen, daß es bei dem Ausbau des Arbeitsrechts um die Stellung des Menschenrechts geht, ist Aufgabe dieses Buches. Es wird als Ganzes gewährt werden.

Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

Fünf Teile in einem Ganzleinen-Band. 540 Seiten, auf holzfreiem Papier gedruckt. Preis nur 10 Mark

Nachdem dieses berühmte Buch in Einzelheftungen in angezählten Tausenden verbreitet wurde, liegt es nun schön gebunden vor und stellt das beste und willkommenste Geschenk dar, das ein strebsamer Mensch, der seine Zeit aus der Vergangenheit begreifen möchte, sich nur wünschen kann. Sein Wert kann nie verfallen.

Geschichte des deutschen Volkes

Vom Niedergang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart von Dr. Fritz Büffing 520 Seiten 8°, Halbleinen, Preis 5 Mark
Aus dem Inhalt: Der Absolutismus — Städtertum und geistige Revolution — Großbetrieb und Proletariat — Bismarcks Reich — Weltwirtschaft, Weltmarktlähngigkeit, Finanzkapitalismus — Der Weltkrieg — Kampf um die Demokratie, Friedensvertrag.

Für die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter liefert dieses Werk zu ermäßigten Preisen die **Abteilung Bücher u. Schriften** Berlin SO 33, Schiffsche Straße 42



Foto-Heyne

BERLIN C 19 am Spittelmarkt 8/10 Fernspr.: Merkur 6775 Spezialgeschäft für

Foto, Projektion u. Kino

Sonder-Abteilung für Entwickeln, Kopieren, Vergrößen und Vorbeseren

Yagu-Probier!

mit bedingungslosener Rückgabegarantie bei Nichtgefallen
Schuhe und Stiefel
für Herren und Damen, in Patentleder, grobe Leder, Auszahlung und bequeme Wechsellagerung von nur 100. Ebenfalls gg. Teilzahlung u. zur Probe liefere ich Ihnen **Wintermäntel** in allen Stoffarten, sorgfältigste Verarbeitung, besten Stoffe, moderne Formen. Preisliste K gratis und frei. Walter H. Garls, Berlin SO 3, Postfach 911 W

Wohin man trauen —
Nur die Dörfel saxophon!

MUSIK
Instrumente
In der Höhe, auch mit dem
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Königsplatz 1, Sach. Nr. 30

Pichel, Mitesser!
Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern kostenlos mit.
Franz M. Poloni
Hannover A. 132
Edenstraße 30 A.

Tiroler
Nagel-Strapazier, Gebirgs-Schnürstiefel, erstklassig, Doppelschuh, wasserdicht 17 Mk. — exklusive Preis zwecks Einführung, nur kurze Zeit, 3 Pf. 27 A. Nachn. Gr 39 — 48 Fischer, Aachen 1, Thomashof 19.

Ihr Geldbeutel!
wird fest, wenn Sie billig rauchen, es kostet 3 Pf. für eine Karte an Tabakfabrik **Wieser, Bruchsal 197**, um Preisliste riskieren Sie es, Sie bereuen es nicht.

la Eiderfellkase
9 Pf. — 6 Mk. franko
Bismarckstr. 221

Erst nach Nacht!
reg. 1872
Königsplatz, Sa. Nr. 226

Aus erster Hand
kaufen Sie am vorteilhaftesten alle Musikinstrumente nebst Zubehör sowie Christbaumuntersätze bei **Kurt Hönemann**, Musikant-, Fabrikant, Siebenbrunn (Vogl.), Lütz. Ind.

